



Geschäftsführung Integrationsrat

Leyla Bachtiosin

Telefon: (0221) 22129725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 18.07.2023

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 23.05.2023, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Dīlan Yazicioğlu	GRÜNE
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Isabella Venturini	Volt
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Frau Dorsa Billstein	Grün Offene Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Vivian Berhane	
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen

Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hüseyin Azar	SPD-Liste
Herr Metin Özsınmaz	SPD Liste
Herr Pavel Ageev	SPD-Liste
Herr Namik Keltek Namik	SPD-Liste

Beratende Mitglieder

Herr Claus-Ulrich Pröbß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration
Herr Eli Abeke	Diakonisches Werk
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Verwaltung

Frau Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Frau Sevinç Topal	Kommunales Integrationszentrum
Frau Stephanie Ortelbach	Ausländeramt
Frau Monika Koenen	Ausländeramt
Herr Dr. Johannes Nießen	Gesundheitsamt
Frau Dr. Andrea Eulgem	Gesundheitsamt Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Herr Holger Vinke	Gesundheitsamt Sozialpsychiatrischer Dienst
Herr Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Leyla Bachtiosin	Schriftführung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Herr Alparslan Babaoğlu-Marx	SPD Liste
Frau Sigita Gelbach	SPD Liste
Herr Christophe Twagiramungu	
Mugabowindekwe	SPD Liste
Herr Stefan-Lazar Mitu	Offene Liste Orthodoxe Christen Köln
Frau Eugenie Rempel	HEIMAT-Rodina
Herr Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt

Der Vorsitzende, **Tayfun Keltek**, eröffnet die Sitzung. Die Mitglieder des Integrationsrates gratulieren **IRM Elizaveta Khan** zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, informiert über die Veranstaltungen des Landesintegrationsrates gegen Rassismus und anlässlich des Gedenkens 30 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen. In diesem Rahmen beteilige sich der Integrationsrat

- am 27. Mai an der Aktion ‚Bunt gegen Braun‘,
- am 29. Mai finde eine Fahrradsternfahrt zur Gedenkveranstaltung nach Solingen statt sowie
- am 31. Mai die Veranstaltungen des Integrationsrates im Stiftersaal des Wallraff Richartz Museums, Podiumsdiskussion: „Was sollen wir tun? 30 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen“ und
- am 9. Juni eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des NSU-Anschlags in der Keupstraße in Kooperation mit der IG Keupstraße und dem Landesintegrationsrat NRW.

Anschließend trägt der **Vorsitzende, Tayfun Kelten**, die folgenden nachträglich aufgenommenen Tagesordnungspunkte vor:

- **TOP 4.3** Anfrage zur Verteilung Rassismus kritischer Projektmittel und die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Verwendung rassismuskritischer Projektmittel“
- **TOP 4.4** Anfrage: Wie weit ist die Stadt mit der Umsetzung des Beschlusses Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“?
- **TOP 5.6** Mitteilung "Guter Lebensabend NRW" - Veröffentlichung des im Rahmen der Projektlaufzeit vom 01.04.2021-31.12.2022 erarbeiteten Handlungskonzeptes
- **TOP 5.7** Mitteilung Sachstand zur "Informationskampagne Wohngeld"
- **TOP 5.8** Mitteilung zum Beschluss zur Vorlage 'Freigabe und Verteilung der über den politischen Veränderungsnachweis bereitgestellten 80.000 € für die Maßnahme Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- **TOP 5.9** Mitteilung Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24 - Haushaltsrechtliche Unterrichtung
- **TOP 8.3** Beschlussvorlage Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen
- **TOP 8.4** Beschlussvorlage Verteilung der Mittel zur Förderung eines neuen Interkulturellen Zentrums (Shahzad e.V.) für das Haushaltsjahr 2023

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Beschlussvorlage zur Fortführung der Sicherheitsleistungen in den städtischen Einrichtungen für Geflüchtete, Spätaussiedler*innen und obdachlose Menschen

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Tagesordnung an.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Austausch mit dem Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Nießen über die migrationsgesellschaftliche Öffnung des Kölner Gesundheitswesens

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen**
 - 3.1 Anfrage zur städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie AN/0584/2023

Beantwortung einer Anfrage zur städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie 1175/2023
 - 3.2 Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71 AN/0309/2023
- 4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 4.1 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln AN/0846/2023
 - 4.2 Anfrage zur Mitteilung „Jahresbericht Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2022“ AN/0847/2023
 - 4.3 Verteilung Rassismus kritischer Projektmittel AN/0639/2023

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion (AN/0639/2023) betreffend „Verwendung rassismuskritischer Projektmittel“ 1652/2023
 - 4.4 Wie weit ist die Stadt mit der Umsetzung des Beschlusses Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“? AN/1025/2023

5 Mitteilungen

- 5.1 Präventionsatlas als Status-quo Analyse: Begleitende Mitteilung zur Vorlage 0514/2023 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen und Bedarfsfeststellung
1046/2023
- 5.2 Gleichbehandlung von Geflüchteten - Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 11.07.2022
1078/2023
- 5.3 Erster Kölner Antidiskriminierungsmonitoring
0232/2023
- 5.4 Jahresbericht "Willkommen und Ankommen in Köln" 2022
1421/2023
- 5.5 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2022, bisherige Entwicklung und Ausblick 2023: Trotz Krise neuer Beschäftigungsrekord am Kölner Arbeitsmarkt
1394/2023
- 5.6 "Guter Lebensabend NRW" - Veröffentlichung des im Rahmen der Projektlaufzeit vom 01.04.2021-31.12.2022 erarbeiteten Handlungskonzeptes
1158/2023
- 5.7 Sachstand zur "Informationskampagne Wohngeld"
1692/2023
- 5.8 Mitteilung zum Beschluss zur Vorlage 'Freigabe und Verteilung der über den politischen Veränderungsnachweis bereitgestellten 80.000 € für die Maßnahme "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (externe Beratung)'"
1593/2023
- 5.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24, 50765 Köln-Blumenberg - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung
0946/2023

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 6.1 Antrag zur Schwerpunktsetzung der Arbeit im Integrationsrat in der 2. Hälfte der aktuellen Wahlperiode
AN/0845/2023
- 6.2 Antrag zur Entsendung von Sachkundigen Einwohner*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse - Umbesetzungen
AN/0888/2023

- 6.3 Antrag zur Besetzung Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum
AN/0965/2023

7 Berichte

- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Anerkennung eines neuen Interkulturellen Zentrums in Köln, hier: Shahrzad e.V.
1263/2023

- 8.2 Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e.V.
0055/2023

- 8.3 Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln
1533/2023

- 8.4 Verteilung der Mittel zur Förderung eines neuen Interkulturellen Zentrums (Shahrzad e.V.) für das Haushaltsjahr 2023
1264/2023

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Beschluss zur Fortführung der Sicherheitsleistungen in den städtischen Einrichtungen für Geflüchtete, Spätaussiedler*innen und obdachlose Menschen**
1469/2023

I. Öffentlicher Teil

Austausch mit dem Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Nießen über die migrationsgesellschaftliche Öffnung des Kölner Gesundheitswesens

Herr Dr. Johannes Nießen, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Köln, **Frau Dr. Andrea Eulgem**, Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, und **Herr Holger Vinke**, Sozialpsychiatrischer Dienst, stellen eine Präsentation zum Thema "Migrationsgesellschaftliche Öffnung des Kölner Gesundheitswesens" vor und beantworten anschließend die Fragen des FachAK4 - Gesundheit, Soziales und Senior*innen (siehe Anlage 1).

In der anschließenden Diskussion werden Fragen der Integrationsmitglieder beantwortet:

IRM Turan Özküçük fragt nach, welche Maßnahmen das Gesundheitsamt zukünftig ergreifen wird, um sicherzustellen, dass sich eine Zweckentfremdung von Geldern, wie im Fall des Gesundheitswegweisers geschehen, nicht wiederholt.

Dr. Johannes Nießen bittet um Verständnis und Vertrauen, dass die Mittel zwar anders als vorgesehen, aber dennoch sinnvoll und im Rahmen der Verbesserung der städtischen Infrastruktur in diesem Bereich eingesetzt wurden. Gleichzeitig räumt er ein, dass es ein Fehler war, den Integrationsrat nicht darüber informiert und beraten zu haben und bittet dies zu entschuldigen. Die Idee eines Gesundheitswegweisers sei sehr gut, die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass die Dateneingabe mit den zunächst 600 Online-Einträgen sehr stockend gewesen sei. Die daraufhin von der Verwaltung vorgenommene Änderung schloss die Eingabe der Sozialdaten sowie der Gesundheitsdaten seitens der Verwaltung ein, so dass im Ergebnis die Eingaben für die Bürger*innen einfacher geworden seien.

IRM Vivian Berhane fragt, 1) welche Erfahrungen, Herausforderungen und Möglichkeiten es gibt, Menschen aus Drittstaaten eine fachgerechte psychosoziale Versorgung zukommen zu lassen, da gerade bei dieser Personengruppe ein großer Bedarf besteht und gleichzeitig eine große Zurückhaltung, die Angebote der Beratungsstellen aufzusuchen und in Anspruch zu nehmen; 2) in Bezug auf die Gesundheitslots*innen, ob es einen Personalmangel gibt bzw. ob der Bedarf in diesem Bereich ausreichend gedeckt ist.

Holger Vinke, erläutert, dass für das Gesundheitsamt in diesem Zusammenhang die Frage im Vordergrund stehe, wie man die Menschen erreichen und versorgen kann, insbesondere dort, wo es auch kulturell unterschiedliche Vorstellungen vom Gesundheitswesen gibt. Hier werde der Ausbaubedarf hinsichtlich der Überarbeitung der Konzepte und der Identifizierung von Lücken gesehen. Die Konzepte werden durch die Sozialpsychiatrischen Zentren, den Sozialpsychiatrischen Dienst, das SPKOM (Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum für Migration), den Paritätischen sowie durch Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit erarbeitet.

Dr. Andrea Eulgem informiert zum Thema Gesundheitslots*innen, es sei das Projekt „Kinder Stark in NRW“, finanziert mit 2,25 Stellen, ein Ausbau sei wünschenswert.

Auf Frage von **IRM Dilan Yazicioğlu**, ob seitens des Gesundheitsamts eine finanzielle Aufstockung des anonymen Krankenscheins vorstellbar wäre, berichtet **Dr. Johannes Nießen**, dass es bereits mehrere Gespräche mit den

Trägern gegeben habe, bei einer inhaltlichen Änderung müsse der Stadtrat zustimmen, vor der neuen Haushaltsplanung 2025/2026 werden die Ergebnisse präsentiert.

Beratendes Mitglied, Tim Westerholt, berichtet zur sozialräumlichen Mitwirkung des Gesundheitsamtes besonders in der Hochhaussiedlung im Kölnberg, etwa im Bereich der erheblichen Ratten- und Bettwanzenproblematik, seit zwei Jahren arbeite man daran in einer Arbeitsgemeinschaft mit Gesundheitsamt und Ordnungsamt, die sehr viel dazu beigetragen habe, die freie Wirtschaft bzw. die großen Konzerne zu überzeugen. Eine weiterhin fortlaufende Zusammenarbeit sei sehr hilfreich in der tagtäglichen Arbeit vor Ort und sollte aufrechterhalten werden.

Dr. Johannes Nießen bedankt sich und sagt weitere Zusammenarbeit zu. Eine Bitte richtet er auch an den FachAK4, sofern sinnvoll auch die Kolleg*innen des Gesundheitsamtes zu den regelmäßig stattfindenden Treffen des AKs einzuladen, diese werden gerne angenommen.

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, bedankt sich für die Präsentation und die anschließende Diskussion. Des Weiteren bittet es zu entschuldigen, dass er die Sitzung aufgrund einer außerordentlichen Veranstaltung des Landtages früher verlassen müsse, **IRM Malik Karaman** wird den Vorsitz übernehmen.

- 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen**
- 3.1 **Anfrage zur städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie AN/0584/2023**

Beantwortung einer Anfrage zur städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie 1175/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 **Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71 AN/0309/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates regen an, seitens der Verwaltung Herrn Greitemann einzuladen, um über die offenen und immer wieder auftretenden Fragen zu DOMID zu beraten, da es in diesem Zusammenhang regelmäßig neue Informationen gibt und verschiedene Ebenen der Verwaltung zusammenarbeiten müssen.

- 4 **Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 4.1 **Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage zur Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
AN/0846/2023**
- 4.2 **Anfrage zur Mitteilung „Jahresbericht Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-31.12.2022“
AN/0847/2023**
- 4.3 **Verteilung Rassismus kritischer Projektmittel
AN/0639/2023**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion (AN/0639/2023) betreffend „Verwendung rassismuskritischer Projektmittel“
1652/2023**

IRM Dr. John Akude bedankt sich für die Beantwortung und bittet um eine weitere Behandlung mit Vorlaufzeit zur Beratung in der nächsten Sitzung.

Die Behandlung der Beantwortung wurde zurückgestellt.

- 4.4 **Wie weit ist die Stadt mit der Umsetzung des Beschlusses Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“?
AN/1025/2023**
- 5 **Mitteilungen**
 - 5.1 **Präventionsatlas als Status-quo Analyse: Begleitende Mitteilung zur Vorlage 0514/2023 Masterplan Kommunale Sicherheit: Sachstand, weiteres Vorgehen und Bedarfsfeststellung
1046/2023**

RM Mechthild Böll stellt fest, dass der vorgelegte Atlas nur eine Ergänzung zum Präventionsatlas sein könne, es fehlten einige Arbeitsgruppen, die daran arbeiten, 5-6 Träger seien genannt, es gebe aber viel mehr Träger in Köln, die wichtige Präventionsarbeit leisten. Die Vorlage sei offensichtlich im Dezernat I erarbeitet worden, weise aber in dieser Form große Lücken auf. Der Wunsch sei, den Präventionsatlas zu erweitern.

RM Claudia Brock-Storms merkt an, dass aus der Zusammenstellung der Träger nicht hervorgehe, wo Prävention stattfindet. Eine Zusammenstellung von Daten, Zahlen und Fakten sage noch nichts darüber aus, was an Prävention tatsächlich geleistet werde. Sie regt an, darüber weiter nachzudenken.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Gleichbehandlung von Geflüchteten - Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 11.07.2022 1078/2023

Beratendes Mitglied, Claus-Ulrich Pröiß, weist auf die Ergebnisse der Fachtagung KIK am 28.04.2023 hin, die die Ungleichbehandlung von Geflüchteten besonders deutlich mache. Es sollte eine weitere Thematisierung in diesem Gremium angestrebt werden und sich auch mit den Ergebnissen der Protokolle auseinandergesetzt werden.

IRM Turan Özküçük lobt die Vorlage der Verwaltung. Diese habe die Forderungen der Politik hier gut umgesetzt. Gleichzeitig seien aber auch die Grenzen, die von Berlin aus gesetzt worden seien, schmerzhaft. Es müsse nach Wegen gesucht werden, wie diese Ungerechtigkeit ein Ende finden könne. Um mögliche politische Handlungsmöglichkeiten in Richtung Bund auszuloten, bittet Herr Özküçük die Verwaltung bzw. das Ausländeramt, genaue Angaben zu machen, auf welche Vorgaben bzw. Rechtsquellen sich die Bundesverwaltung konkret beziehe.

Verwaltung, das Ausländeramt, sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Erster Kölner Antidiskriminierungsmonitoring 0232/2023

IRM Dorsa Billstein begrüßt den Bericht als einen ersten Auftakt für Köln, der Diskriminierung entgegenzuwirken und auf der Grundlage von Daten aktiv dagegen vorzugehen. Man hoffe auf eine schnelle Verabschiedung der umzusetzenden Maßnahmen, die auch zielführend seien.

IRM Turan Özküçük hebt hervor, dass der Bericht ausdrücklich Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus als die am stärksten ausgeübte Diskriminierungsform benenne. Vor diesem Hintergrund sei es nicht nachvollziehbar, warum dann als konkretes Beispiel Rassismus gegen Romn*ja und Sinti*zze vorgestellt wurde. Bezüglich der im Bericht erwähnten Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen möchte Herr Özküçük wissen, ob diese auch sprachlich so aufgestellt seien, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft die Beratung in Anspruch nehmen könnten.

Die Verwaltung, Bettina Baum, bedankt sich für das zuvor ausgesprochene Lob und den Hinweis, dass bei der Nennung eines Beispiels im Vorwort ein Beispiel mit höchster quantitativer Relevanz genannt werden sollte. Die Antidiskriminierungsstellen stellen die Kommunikation mit Menschen unterschiedlicher Herkunft auch in sprachlicher Hinsicht sicher.

Beratendes Mitglied, Tim Westerholt, verweist auf die Grafiken auf Seite 53, die eine Zusammenstellung der Lebensbereiche zeigen, in denen Diskriminierung tatsächlich stattfindet. Mit über 60% seien es die Bereiche Arbeit, Behörden, Bildung, Wohnen und Polizei, in denen es um Abhängigkeits- und Machtverhältnisse und damit um Macht und Privilegien gehe. Es sei daher davon auszugehen, dass nur ein kleiner Teil der faktischen Diskriminierungsfälle tatsächlich benannt werde. Diesen Bereich, in dem Menschen aufgrund von Machtverhältnissen keine Hilfe in Anspruch nehmen, müsse man sehr ernst

nehmen, entsprechend tiefer in die Materie einsteigen und tatsächlich an die Menschen und ihre Erfahrungen herankommen. Im Bereich Wohnen habe der Runde Tisch für Integration bereits ein Beispiel geliefert, woraus man Anregungen für andere Themen ableiten und wie man ein Thema angehen könne.

IRM Carine Weber möchte wissen, worauf sich die Darstellung auf Seite 54 gründet, dass die genauen Daten zu Menschen mit Behinderung unter 50% nicht erfasst werden können. Des Weiteren fragt sie, warum die Angaben zur Anzahl der Muslim*innen nur für NRW und nicht für alle Bundesländer gemacht wurden.

IRM Dr. John Akude weist darauf hin, dass für ein vollständigeres Bild die Polizei und die Ordnungsämter einbezogen werden sollten. Menschen wenden sich mit Rassismuserfahrungen nicht nur an Antidiskriminierungsstellen, sondern häufig auch an die Polizei, zudem müsse sichergestellt werden, dass z.B. das Ordnungsamt in der Lage sei, einen rassistischen Vorfall als solchen zu erkennen.

Die Verwaltung, Bettina Baum, erläuterte, dass dieses erste Monitoring dazu gedient habe, zu schauen, ob und welche Daten es überhaupt gebe. Es habe sich herausgestellt, dass die verschiedenen Antidiskriminierungsbüros und Beratungsstellen die Daten auf unterschiedliche Weise erheben. Ziel sei es, im Laufe der nächsten Berichtsperiode einen Überblick über die Datenlage zu erhalten. Ziel sei es, das Monitoring für die nächsten Berichte zu harmonisieren, um eine bessere Vergleichbarkeit und eine höhere quantitative und qualitative Aussagekraft zu erreichen. Es könnte geprüft werden, ob entsprechende Daten bei Polizei und Ordnungsämtern statistisch erfasst werden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Jahresbericht "Willkommen und Ankommen in Köln" 2022 1421/2023

Beratendes Mitglied, **Tim Westerholt**, weist darauf hin, dass das Projekt „Willkommen und Ankommen in Köln“ bereits seit 10 Jahren unter verschiedenen Labels existiere und sehr erfolgreich sei, aber auch alle personalrechtlichen arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten mit sich bringe, die die am Projekt beteiligten Träger zu tragen haben.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2022, bisherige Entwicklung und Ausblick 2023: Trotz Krise neuer Beschäftigungsrekord am Kölner Arbeitsmarkt 1394/2023

IRM Isabella Venturini fragt nach, welche Personengruppe in der Tabelle 2 unter der Kategorie Ausländer*innen konkret gemeint sei, etwa Menschen ohne deutschen Pass oder Menschen mit Migrationshintergrund, die Begrifflichkeiten seien sehr unterschiedlich gefasst.

IRM Dr. John Akude problematisiert die verwendeten Begriffe, die nicht den Kern der Sache treffen, da sie nur Menschen ohne deutschen Pass erfassen. Die Statistik müsse alle Menschen mit deutschem Pass und sogenanntem Migrationshintergrund bzw. internationaler Familiengeschichte erfassen. Die

Einführung der Kategorie "Menschen mit internationaler Familiengeschichte" würde das ganze Bild verändern und uns der Wahrheit und Realität näherbringen.

Die Verwaltung, Bettina Baum, erläutert, dass es sich bei der Quelle um die Statistik der Bundesagentur für Arbeit mit der einheitlichen Begrifflichkeit handelt, die von allen Statistischen Ämtern in Deutschland verwendet wird. Gleichwohl werde sie die Kritik bzw. der Hinweis an diese Stellen zurückgeben.

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, regt an, dass der Integrationsrat die entsprechenden Stellen in einem Schreiben auf diese Entwicklung aufmerksam macht. Es sei nicht hinnehmbar, dass Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben oder hier geboren sind, als Ausländer*innen bezeichnet werden. Der Umstand, einen ausländischen Pass zu besitzen, sei oft nicht selbst bestimmt, wie die aktuellen Diskussionen im Bundestag zeigen, das Staatsangehörigkeitsrecht den Menschen nicht immer die Möglichkeit dazu gegeben. Bei dieser Gelegenheit sei auch kritisch anzumerken, dass die Einbürgerungsquote in Deutschland im europäischen Vergleich am niedrigsten sei. Aus diesen Gründen habe der Integrationsrat in seiner vorletzten Sitzung eine Resolution verabschiedet.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 "Guter Lebensabend NRW" - Veröffentlichung des im Rahmen der Projektlaufzeit vom 01.04.2021-31.12.2022 erarbeiteten Handlungskonzeptes 1158/2023

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, dankt dem Amt für Integration und Vielfalt und dem Sozialamt herzlich für die Erarbeitung des Konzepts. Eine Auswertung müsse jedoch noch in das Konzept einfließen. Die Verwaltung wird gebeten, daraus eine Vorlage mit einem konkreten Handlungskonzept zu erstellen und die Diskussion über die vorliegende Mitteilung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

IRM Elizaveta Khan schließt sich dem Dank an den Beirat auch im Namen des Integrationsrates an. Es sei viel Fachexpertise in die Entwicklung eingeflossen.

IRM Turan Özküçük bedankt sich herzlich für die Konzeptentwicklung und fragt, ob an ein Folgeprojekt für Senior*innen gedacht sei, da das Programm Ende des Jahres auslaufe.

RM Frau Hoyer fragt, wie es mit dem Konzept weitergehe und ob es z.B. Fördermittel vom Land für die Weiterfinanzierung des Projektes gebe. Das Hauptproblem sei sicherlich nicht das Erkenntnisproblem, sondern das Umsetzungsproblem, da Geld- und Ressourcen fehlten.

Die Verwaltung, Bettina Baum, bestätigt, dass das Landesprojekt Ende des Jahres ohne weitere Finanzierung auslaufe. Eine mögliche weitere Förderphase danach sei nicht bekannt. Das Amt für Integration und Vielfalt und das Amt für Soziales, Senior*innen und Senioren stehen in engem Austausch, wie die Erkenntnisse aus dem Projekt und die identifizierten Handlungsfelder, nämlich, dass Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte nicht in dem Maße berücksichtigt und angesprochen werden wie Senior*innen ohne

Zuwanderungsgeschichte, in die bestehenden Projekte Eingang finden können. Es könnte geprüft werden, derzeit ohne zu wissen, ob im nächsten Haushalt mehr Geld zur Verfügung stehe, inwieweit innerhalb der bestehenden Programme Senior*innennetzwerke, Koordination der Senior*innenberatung die älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser erreicht und angesprochen werden können. Es wäre möglich, z.B. über eine bessere Kommunikation, eine bessere Ansprache, auch sprachlich, Menschen auf entsprechende Angebote, auf Senior*innennetzwerke und Beratung aufmerksam zu machen.

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, empfiehlt der Verwaltung, eine Anregung an das Land weiterzugeben, solche Projekte nicht ohne Anschluss auslaufen zu lassen, dies könne auch vom Integrationsrat ausgehen.

Die Behandlung der Mitteilung wurde zurückgestellt.

5.7 Sachstand zur "Informationskampagne Wohngeld" 1692/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.8 Mitteilung zum Beschluss zur Vorlage 'Freigabe und Verteilung der über den politischen Veränderungsnachweis bereitgestellten 80.000 € für die Maßnahme "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (externe Beratung)" 1593/2023

Der Vorsitzende, Tayfun Keltek, merkt kritisch an, dass der Auftrag für die Umfrage pauschal an eine Firma vergeben wurde, es sei nicht klar, ob die Firma die Aufgabe, diese Umfrage durchzuführen, auch tatsächlich leisten könne.

Die Verwaltung, Bettina Baum, erläutert, dass der Beschluss dahingehend geändert worden sei, dass die Politik die Verwaltung beauftragt habe, mit den Mitteln in Höhe von 80.000 Euro einen Beratungs- und Begleitungsprozess vergleichbar mit dem Projekt zur Umwandlung der Ausländerbehörde in eine Willkommensbehörde unter Einbeziehung eines externen Beratungsunternehmens oder einer Organisation zu initiieren, die die Verwaltung insgesamt bei der interkulturellen Öffnung unterstützt. Bereits im Vorfeld habe es einen intensiven Kontakt zu einem Beratungsunternehmen in Berlin gegeben, das Erfahrung mit Mitarbeitendenbefragungen im Bereich Diversity und Intersektionalität habe, wobei sich schnell herausstellte, dass eine flächendeckende Befragung von 23.000 Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht realistisch sei. Mit dem zur Verfügung stehenden Betrag von 80.000 Euro sei es nicht möglich, eine groß angelegte Mitarbeiterbefragung durchzuführen und gleichzeitig eine externe Beratung und Prozessbegleitung in Anspruch zu nehmen.

Auf Nachfrage von Dİlan Yazıcıođlu unterstreicht der Vorsitzende **Tayfun Keltek**, dass die vom Integrationsrat erstellte erste Beschlussvorlage differenzierter gewesen sei als die später im Ausschuss verabschiedete.

RM Dİlan Yazıcıođlu ergänzt, dass mit den von der Politik festgesetzten Mitteln in Höhe von 80.000 Euro die interkulturelle Öffnung der Verwaltung nach innen und nach außen gefördert werden sollte. Beides sei mit dem festgelegten Betrag nicht finanzierbar gewesen. Die Politik habe an der Abstimmung im

Integrationsrat nicht teilgenommen. Es sei daraufhin mit der Verwaltung abgestimmt worden, wie das Vorhaben umgesetzt werden könne, mit dem Ergebnis, zunächst nur die externe Beratung zu beauftragen und die Befragung noch nicht durchzuführen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24, 50765 Köln-Blumenberg - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung 0946/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Antrag zur Schwerpunktsetzung der Arbeit im Integrationsrat in der 2. Hälfte der aktuellen Wahlperiode AN/0845/2023

IRM Elizaveta Khan bittet um Ergänzung des Papiers unter Berücksichtigung zur Intersektionalität und beantragt die Beratung des Antrags auf die nächste Sitzung zu verschieben.

IRM Turan Özküçük betont, dass die Beratungsbedarfe nur für die TOPs berücksichtigt werden, die kurzfristig auf die Tagesordnung aufgenommen wurden. Der vorliegende Antrag liege hingegen schon lange vor, sodass hierzu nur Änderungen formuliert werden können, eine Verschiebung sei hingegen abzulehnen.

IRM Dr. John Akude plädiert für die Abstimmung entsprechend der genehmigten Tagesordnung.

RM Dilan Yazicioğlu weist darauf hin, dass die inhaltliche Diskussion für GOL schwierig sei, da sie an der Klausurtagung nicht teilgenommen habe, allerdings sollten die gewählten IR Mitglieder die Möglichkeit bekommen, sich mit ihren politischen Forderungen mit einzubringen und die Inhalte entsprechend mitzugestalten, sofern ihrerseits ein Bedarf besteht.

Nach weiterer Aussprache stimmen die Mitglieder des Integrationsrates mehrheitlich dafür ab, die Beratung des Antrags in die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Behandlung des Antrages wurde zurückgestellt.

6.2 Antrag zur Entsendung von Sachkundigen Einwohner*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse - Umbesetzungen AN/0888/2023

Der Integrationsrat bittet den Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat entsendet

- in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen /Vergabe/ Internationales künftig Frau Klimaszewska-Golan statt Herrn Stefan Mitu als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Özküçük statt Frau Klimaszewska-Golan als stellvertretenden Sachkundigen Einwohner,
- in den Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern künftig Frau Gelbach statt Frau Billstein als Sachkundige Einwohnerin
- in den Ausschuss Soziales und Senior*innen künftig Frau Weber statt Frau Yildirim als Sachkundige Einwohnerin und Frau Gelbach statt Frau Weber als stellvertretende Sachkundige Einwohnerin
- in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün künftig Herrn Gonzales Tejon statt Herrn Hooghoughi als sachkundigen Einwohner und Herrn Hooghoughi statt Herrn Gonzales Tejon als stellvertretenden sachkundigen Einwohner
- in den Stadtentwicklungsausschuss künftig Frau Billstein statt Herrn Babaoglu-Marx als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Babaoglu-Marx statt Frau Billstein als stellvertretenden Sachkundigen Einwohner
- in den Wirtschaftsausschuss künftig Frau Berhane statt Herrn Twagiramungu Mugabowindekwe als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Twagiramungu Mugabowindekwe statt Frau Berhane als stellvertretenden sachkundigen Einwohner

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6.3 Antrag zur Besetzung Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum AN/0965/2023

RM Claudia Brock-Storms bittet die Verwaltung um weitere Erläuterungen, die Idee des Jobsharings bzw. die Verschiebung des Schwerpunktes von der inhaltlichen Arbeit zur kaufmännischen Arbeit sei irritierend.

IRM Elizaveta Khan erläutert als Antragstellerin die Idee, den Antrag im Integrationsrat einzubringen, da der Integrationsrat insgesamt den Dekolonisierungsprozess befürworte und als Expert*innen Beirat auch das Projekt des Postkolonialismus beobachte und mitfrage. Unabhängig von der Schwerpunktsetzung der geplanten Co-Direktion sei es wichtig, dass auf der obersten Ebene einerseits die städtischen Museen vertreten sind und andererseits der Prozess der Diversitätsentwicklung, der Dekolonisierung gerade in einem solchen Museum, das sowohl national als auch international im Fokus stehe, mit verschiedenen Preisen geehrt, aber auch kritisch beobachtet werde, entsprechend nach außen vertreten wird. Es sei daher wichtig, dass diese Positionen mit Personen besetzt werden, die auch entsprechende Erfahrungen mit solchen Prozessen haben. Solche Prozesse stoßen oft auf Widerstand, umso wichtiger sei es, dass bei einer möglichen Doppelspitze mit jeweils einer inhaltlichen und einer kaufmännischen Ausrichtung die strukturelle Arbeit von Personen getragen werde, die BIPOC* sind und Erfahrung mit Dekolonisierungsprozessen haben.

Beratendes Mitglied, Eli Abeke, berichtet, dass es in der Zwischenzeit in der Presse viele Diskussionen über die Leitung des Museums gegeben habe. Für ihn sei es überraschend, dass ein*e Co-Direktor*in der amtierenden Frau Snoep zur Seite gestellt werden solle. Menschen aus der Szene, die die Arbeit des Museums seit Jahren begleiten, fragen sich, was genau dort passiert sei und wie es zu einer solchen Entwicklung kommen konnte. In diesem Zusammenhang sei eine Aufklärungsarbeit seitens der Verwaltung wünschenswert, um überhaupt zu verstehen, was dort genau passiere.

RM Isabella Venturini bedankt sich für den Antrag und fasst zusammen, dass es sich nach ihrem Verständnis um eine zusätzliche Geschäftsführung zur Unterstützung von Frau Snoep im administrativen Bereich handeln sollte, wobei die inhaltliche Bearbeitung und Leitung des Museums weiterhin bei Frau Snoep verbleiben sollte, die diese Thematik mittrage. Aufgrund des unzureichenden Kenntnisstandes und des noch nicht erfolgten Austausches mit den Kulturvertretenden enthalte sie sich der Stimme.

RM Dr. John Akude spricht sich gegen eine Abstimmung seiner Fraktion (CDU) aus. Die Schwerpunktsetzung liege zu sehr in der Verantwortung der Verwaltung, dies sei aber nicht Aufgabe des Integrationsrates als Parlament. Sollte der Antrag hier beschlossen werden, werde er dem Rat vorgelegt, in diesem Gremium hätten die Mitglieder des Integrationsrates aber kein Mitspracherecht mehr, nach seinem Verständnis sei der Integrationsrat nicht befugt, solche Entscheidungen zu treffen.

IRM Turan Özküçük findet den Antrag ebenfalls irritierend und lehnt ihn ab. Die Unklarheit beziehe sich auf die Hintergründe und das Verhältnis der Co-Direktoren untereinander, eine so eingesetzte Geschäftsführung könne Signalwirkung auch für andere Institutionen haben und sollte daher zurückgestellt werden, bis die Hintergründe geklärt seien, ansonsten sei der Antrag abzulehnen.

RM Katja Hoyer ergänzt nach einer kurzen Beratung mit den Kolleg*innen von Kultur, es sei für dieses Museum wichtig, dass auch in der betriebswirtschaftlichen Funktion ein kultursensibles Vorgehen im Vordergrund stehe. Vor diesem Hintergrund empfehle sie dem Ausschuss jedoch, den Antrag mangels Kenntnis zurückzuziehen und stattdessen an den Kulturausschuss zu stellen.

IRM Elizaveta Khan erklärt, dass der Antrag die Frage an die Verwaltung formuliere, zu prüfen, ob es möglich sei, diese Kriterien aufzunehmen. Es gehe zum einen um diese Institution selbst, aber auch grundsätzlich um die Besetzung von Führungspositionen in städtischen Institutionen insgesamt, da bisher nur sehr wenige Stellen mit People of Color besetzt worden seien. In diesem Zusammenhang sei die Signalwirkung wichtig, dass Führungspositionen nach Diversity-Kriterien besetzt werden und nicht nur nach den Standardpunkten, die die Verwaltung bisher formuliert habe. Der Antrag sei eine Bitte an die Verwaltung, die Möglichkeit eines solchen Vorgehens zu prüfen. Die konkreten Besetzungsentscheidungen würden nicht im Integrationsrat, sondern im Personalamt, Kulturamt etc. getroffen.

Die Verwaltung, Bettina Baum, unterstützt den Vorschlag, einen Prüfauftrag zu formulieren.

Beratendes Mitglied, Eli Abeke, weist darauf hin, dass der Antrag selbst eine Diskussion auslöse. Eine Einstellung der Direktion sei bereits durch die Stadt erfolgt, eine Erweiterung durch die technische Direktion werfe Fragen

auf, wie es dazu kommen konnte. Seit Frau Snoep da sei, könne man feststellen, dass sich das Museum kulturell und künstlerisch geöffnet habe, was z.B. für Menschen aus der Region südlich der Sahara ein großer Gewinn sei. Es stelle sich die Frage, ob ihr neu aufgestelltes Programm mit einer Co-Direktion an ihrer Seite so weiterlaufen werde. Es stecke ein System dahinter, das bereits geplante oder durchgeführte Programme gefährde.

Nach weiterer Diskussion wird beschlossen, den Antrag als Prüfauftrag umzuformulieren.

Die Verwaltung wird gebeten **zu prüfen**, die Besetzung der Stelle, Co-Direktion im Rautenstrauch-Joest-Museum, nach diversitätssensiblen Kriterien auszuschreiben und entsprechend zu besetzen. Insbesondere Expertisen und Erfahrungswerte in Bezug auf Dekolonialisierungsprozesse in Institutionen soll als wichtiges Merkmal in die Ausschreibung und in die Auswahlkriterien bei der Besetzung der Stelle aufgenommen und besonders berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 8 Stimmen, bei 7 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen geändert zugestimmt.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und von Volt haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Anerkennung eines neuen Interkulturellen Zentrums in Köln, hier: Shahrzad e.V. 1263/2023

Auf die Frage nach dem Personalschlüssel des Vereins erläutert die **Verwaltung, Bettina Baum**, der Verein beschäftige 9 hauptamtliche Mitarbeiter*innen mit unterschiedlicher Wochenstundenzahl zwischen 8 und 40 Wochenstunden, eine nebenamtliche Mitarbeiterin mit 2 Wochenstunden und 7 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen mit insgesamt 21 Wochenstunden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Anerkennung von **Shahrzad e.V.**, Im Stavenhof 18, 50668 Köln, als Interkulturelles Zentrum im Sinne der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren laut Ratsbeschluss vom 26.09.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.2 Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e.V. 0055/2023

RM Dilan Yazicioğlu begrüßt es sehr, dass der Flüchtlingsrat eine Aufstockung erhalte und betont, dass die Politik es auch sehr begrüßen würde, wenn die Aufstockung auch nach 2024 im Haushalt für die Jahre 2025/2026 von der Verwaltung weitergeführt würde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aufstockung der Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e.V. in 2023 mit 100.000 € und in 2024 mit 101.600 €, um die zur Stärkung der Kölner Geflüchtetenberatung durch Fortbildungen, Fachtagungen, Bereitstellung von Informationsmaterialien bedarfsgerecht anzupassen und deren Weiterentwicklung langfristig zu sichern.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2023: 100.000 €; 2024: 101.600 €) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.3 Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln 1533/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Verwendung eines Betrages in Höhe von 8.403,00 € aus dem Integrationsbudget 2023 für eine mehrsprachige Informationskampagne zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen für die Zielgruppe der Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte.

Die Veranstaltungen finden im dritten und vierten Quartal 2023 in verschiedenen Interkulturellen Zentren im Kölner Stadtgebiet statt. Die Auszahlung erfolgt an den Deutsch-Türkischen-Verein e.V. als verwaltende Stelle.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.4 Verteilung der Mittel zur Förderung eines neuen Interkulturellen Zentrums (Shahrzad e.V.) für das Haushaltsjahr 2023 1264/2023

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt auf der Grundlage der 31. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 25.02.2023 und der Haushaltssatzung für das Jahr 2023/2024 über die Verwendung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 3.638 Euro anteilig für die Zeit vom 01.05. – 31.12.2023, zur Förderung des Vereins Shahrzad e.V. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 25.05.2023 zur Anerkennung des Vereins als neues Interkulturelles Zentrum (Nr: [1263/2023](#))

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren erhält die Beschlussvorlage über die Verteilung der Mittel als Mitteilung zur Kenntnis.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Beratendes Mitglied, Eli Abeke, trägt zwei aktuelle Themen vor. Er berichtet über einen Verein, dessen Arbeit für Unruhe gesorgt habe. In diesem Zusammenhang habe es Gerichtsverfahren gegeben, da mindestens zwei Bürger*innen mit internationaler Familiengeschichte von diesem Verein belästigt worden seien. Viele Menschen seien deshalb verunsichert.

Außerdem sei ein Vorfall mit einer Lehrerin der Polizeischule zu erwähnen, die eine Äußerung gemacht habe, welche ihr nun zum Verhängnis geworden sei, sodass sie werde von der rechten Szene attackiert werde. Der Integrationsrat solle sich mit diesen Themen beschäftigen und die weitere Entwicklung verfolgen. Zu diesem Zweck werde er die SPD-Liste um eine schriftliche Stellungnahme bitten.

Gez.